

FDP/FWO

Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis

Bahnhofstraße 2
Ladenzentrum »Alte Post«
51643 Gummersbach

Es gilt das gesprochene Wort:

Anrede,

der Haushalt 2007 steht wie sein Vorgänger ganz im Zeichen der Belastungen aus Hartz IV.

Zwar hat die neue Bundesregierung auf die Kürzung der Bundeserstattung verzichtet und sogar eine minimale Erhöhung auf den Weg gebracht, insofern hat vielleicht sogar unser „Gummersbacher Appell“ etwas Früchte getragen. Dennoch reicht auch diese Erhöhung nicht aus, um die Mehrbelastungen durch Hartz IV in Oberberg auch nur annähernd aufzufangen.

Insgesamt hat der Oberbergische Kreis durch Hartz IV, die Übernahme der Grundsicherung und die Aufgaben Verlagerung durch den Landschaftsverband ca. 24 Mio. € Mehrbelastungen erhalten, denen keine Einnahmen gegenüber stehen.

Gerade dem Landschaftsverband stünde es vor diesem Hintergrund gut an, die Finanzsituation seiner Mitgliedskörperschaften durch eine deutlichere Absenkung der Umlage zu entschärfen. Die rund 580.000 € Entlastung, die nun die Landschaftsversammlung noch nachlassen will, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt dessen werden dort Schulden abgebaut und neue Landesräte installiert. Dass sich an dieser Operation die FDP-Fraktion in der Landschaftsversammlung beteiligt, macht die Sache nicht besser.

Insofern ist die im letzten Jahr schon in der Tendenz feststehende und nun vorgenommene drastische Erhöhung der Kreisumlage auf 46,7865 % traurige Notwendigkeit. Auf die verheerenden Auswirkungen dieser notwendigen Erhöhung auf die Kommunen wurde nicht zuletzt durch das „Bürgermeisterpapier“ hingewiesen.

Die darin enthaltenen Vorschläge sind aus der Verzweiflung geboren und waren z.T. nicht zu Ende gedacht, wie die unnötigen Diskussionen um den Fortbestand des KKH Waldbröl gezeigt haben.

Anrede,

Trotz aller finanziellen Belastungen ist der Oberbergische Kreis aber mehr als die Summe von 13 Kommunen. Dies bedeutet, dass auch der Kreistag mehr ist als der Erfüllungsgehilfe der Bürgermeister, sondern eine eigenständige Kreispolitik zum Wohle aller Einwohner des Kreises betreiben muss.

Dies macht der Oberbergische Kreis z.B. im Bereich Wirtschaftsförderung, bei der demographischen Entwicklung, bei den Verkehrswegen, den Berufs – und Sonderschulen, im Bereich Kultur und besonders bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zu einer verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung durch den Kreis gehört auch, dass wir nicht zukunftsfähige Bahnstrecken aufgeben und uns vehement für die Ertüchtigung der Strecke Köln- Gummersbach – Brügge einsetzen. In Zeiten knapper Kassen müssen auch wir uns auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Im übrigen beeinträchtigen diese Strecken wesentliche Entwicklungschancen der anliegenden Kommunen und Betriebe.

Um diese Aufgaben durchzuführen bedarf es einer verantwortungsvollen Personalpolitik, die einerseits den wachsenden Aufgaben der Kreisverwaltung gerecht wird und andererseits auch das Spargelot ernst nimmt.

Insofern haben die Fraktionen von CDU und FDP/FWO einen Stellenabbaubeschluss für 12 Stellen bis zum Jahre 2009 getroffen. Wir glauben, dass der Weg über den Abbau von Stellen sinnvoller ist als die Budgetierung. Letztere lässt der Verwaltung immer noch den Weg über den Nachtragshaushalt oder die außerplanmäßige Ausgabe offen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Beschluss die Verwaltung fordert, aber keineswegs überfordert. Ständige Aufgabenkritik, die Optimierung von Verwaltungsabläufen und die Reduzierung von Standards auch bei Pflichtaufgaben liefern den nötigen Spielraum.

Der Abbau der Amtsleitungen erscheint gegenwärtig verfrüht, kann aber im Zusammenhang mit der Einführung von NKF durchaus aktuell werden; im Moment gibt es dazu aber noch keine hinreichende Entscheidungsbasis. Durch eine zurückhaltende Wiederbesetzung von freigewordenen Amtsleiterstellen durch den Landrat behält die Politik hier aber genügend Spielraum. Ebenso sollte über die künftige Dezernatsstruktur erst bei Einführung von NKF entschieden werden.

Inwiefern über den 12- Stellen - Beschluss hinaus weitergehender Stellenabbau möglich ist, wird davon abhängen, welche Aufgaben nach der Absenkung der Schwellenwerte von den Kommunen übernommen werden. Sollten tatsächlich das Bauamt, das Jugendamt und das Straßenverkehrsamt weitgehend übertragen werden, wird damit auch ein erheblicher Personaltransfer vom Kreis zu den Kommunen verbunden sein. Um auch für die betroffenen Beschäftigten frühzeitig Planungssicherheit zu erhalten, ist eine intensive Diskussion des Kreises mit den Kommunen bereits jetzt erforderlich. Gemeinsam müssen beide Seiten auch unwirtschaftliche Lösungen verhindern, die dann entstehen könnten; wenn der Kreis teuren Sachverstand nur noch für ein oder zwei Kommunen vorhalten müsste.

Aber auch hinsichtlich der Übertragung der Sonderbehörden im Umweltbereich von der Bezirksregierung auf den Kreis benötigen wir Klarheit. Hier geht der Appell an die Landesregierung, diese Umsetzung zügig zu betreiben.

Anrede,

Die von CDU und FDP getragene Landesregierung hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, die sie trotz vielfacher Widerstände, zielstrebig umsetzt. Insofern verwundert es auch nicht, wenn SPD und Grüne auch in Oberberg versuchen, Verunsicherung unter die Bevölkerung zu bringen.

Wer Unterschriften gegen die Privatisierungspläne der Landesregierung bzgl. der Sparkassen sammelt, täuscht die Bürger über die geplante Novellierung des Sparkassengesetzes. Diese hält an den bestehenden Strukturen und Zielen der Sparkasse als regionales Kreditinstitut ausdrücklich fest.

Auch an die geplante Änderung des § 107 GO werden die wildesten Spekulationen geknüpft und das schleichende Ende der Stadtwerke beschworen. Dabei kehrt die Regierung nur zu einer vergleichbaren Formulierung zurück, die bereits zwischen 1994 und 1999 Gesetzeslage in NRW war. Die Änderung wahrt die Interessen der öffentlich – rechtlichen Ver – und Entsorger und gibt auch den privaten Anbietern wieder faire Wettbewerbschancen.

Dass dies dem einen oder anderen Expansionsplan von Stadtwerkevorständen auch in unserer Region zuwider läuft, ist dabei durchaus gewollt.

Anrede,

Einen wichtigen Beschluss haben alle Fraktionen im Hinblick auf die Einbringung des Verkaufserlöses aus den RWE – Aktien in einen Pensionsfonds getroffen. Dieser Beschluss ist zukunftsweisend.

Mit dem Verkauf der RWE – Aktien gibt der Kreis auch den finanziell wichtigsten Bestandteil seiner Beteiligungen auf. Auf Antrag unserer Fraktion werden aber auch die Kleinbeteiligungen aufgegeben; dies ist ein deutliches Zeichen, dass sich der Kreis auf seine originären Aufgaben beschränkt und zugleich auch eine Vorbereitung auf NKF.

Hinsichtlich des Verkaufs von Immobilien macht der Kreis bei den Nebenstellen in Wipperfürth und Waldbröl einen wichtigen Schritt. Ziel muss es sein, zwar die Immobilien und die damit verbundenen Kosten abzugeben, dafür aber das Serviceangebot vor Ort zukunftsfähig und bürgernah auszugestalten. Dies wird durch das von Dr. Nürnberger federführend entwickelte Konzept mit unserer Unterstützung umgesetzt.

Inwieweit im nächsten Jahr weitere Immobilien abgestoßen werden können, hängt mit den von mir o.a. Personalentwicklungen zusammen.

Anrede,

Der von den Grünen erneut geforderte Verkauf des Kreiswaldes steht aus ökologischen und ökonomischen Gründen für uns derzeit nicht auf der Tagesordnung.

Erfreut sind wir darüber, dass auch die neue Landesregierung den Erhalt der Biologischen Stationen mit verstärkten Aufgaben unterstützen wird. Die herausragende Leistung unserer Station hat zu dieser Entscheidung einen wichtigen Beitrag geleistet. Als Vorsitzender des Umweltausschusses danke ich allen, die zum Erhalt der Station beigetragen haben. Mein besonderer Dank gilt dem Leiter der Station Frank Herhaus und seinen Mitarbeitern, die auch in Zeiten der persönlichen Unsicherheit hervorragende Arbeit geleistet haben.

Anrede,

Aus unserer Sicht muss aber die Zusammenarbeit des Kreises mit der Stadt Gummersbach bei der Volkshochschule und der Stadtbücherei auf neue Füße gestellt werden. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, der nun im Kulturausschuss erörtert werden wird. Die Fusion der städtischen Volkshochschule mit der KVHS ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Der Kreis kann zudem nicht jährlich mit fast 150.000 € die Bücherei sponsern. Andere Städte und Gemeinden in Oberberg haben ihre Büchereien erfolgreich auf Trägervereine übertragen. Insofern kann der Hinweis aus der Verwaltung, dass sich die Stadt Gummersbach ohne die Finanzspritze des Kreises keine Bücherei leisten kann, nicht überzeugen.

Die Erweiterung von Schloss Homburg sehen wir auf gutem Wege, nachdem im Dezember der „B-Stempel“ für die Realisierung zur Regionale 2010 erteilt wurde und mit der endgültigen Erteilung des „A-Stempels“ voraussichtlich bis Mitte des Jahres ein Beginn der Bauphase im nächsten Jahr und damit die Fertigstellung zur Regionale 2010 möglich ist.

Schloss Homburg ist ein Wahrzeichen des Kreises und für den von allen als Wachstumsfeld eingeschätzten Naherholungs- Tourismus ein beachtenswertes Kulturgut. Deswegen ist die Umsetzung der geplanten Erweiterung für unseren Kreis so wichtig, und wir dürfen nicht nachlassen, den Förderern und Spendern Mut zu machen und für ihren Einsatz zu danken.

Anrede,

Der Oberbergische Kreis ist in finanziell schwierigen Zeiten auf einem guten Kurs, der an der einen oder anderen Stelle sicher noch optimiert werden kann und muss. Die Pauschalkritik der Grünen und seit neuerem auch der SPD kann uns vom Kurs der Verlässlichkeit nicht abbringen.

Die FDP/FWO – Kreistagsfraktion stimmt diesem Haushalt i.S. der Beschlussvorlage ausdrücklich zu.

Abschließend danke ich Herrn Kreiskämmerer Krüger und den Mitarbeitern der Kämmererei für die umfangreiche Arbeit bei der Erstellung dieses Haushaltes.

Ihnen meine verehrten Kolleginnen und Kollegen danke ich für die Aufmerksamkeit.

Reinhold Müller
Fraktionsvorsitzender